

Protokoll: 8. Kremser Klimadialog

17. April 2022

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Service-Center Bauen

(Forderungen Fridays For Future Krems: <https://drive.google.com/file/d/1BY0lfacE9MYViDT0-DfK0r0VI6D0hVvF/view>)

Unter den Klimaaktivist:innen abgestimmte Langfassung

Teilnehmer:innen:

Wohnbauträger

Dr. Gerhild Bensch-König (Raiffeisen WohnBau Österreich GmbH)

DDI Peter Forthuber und Mag. (FH) Doris Molnar, CSE (Vorstandsdirektor:innen GEDESAG)

DI Dr. Wolfgang Chaloupek (Vorstandsmitglied GEDESAG)

Politik

BM DI (FH) Dominic Heinz

Günter Herz

Christoph Hofbauer

Patrick Mitmasser, MSc

Mag. Peter Molnar

Markus Schwarz

Wissenschaft (Donau-Universität)

Dipl.-Ing. Dr. techn. Helmut Floegl

Dipl.-Ing. Markus Winkler

Verwaltung

DI Mag. Silvia Schmid

Annemarie Litschauer

Ing. Julia Zemann

DI Reinhard Weitzer

Fridays For Future Krems

Mag. Franz Böck

Sigrid Gusenbauer

Martin Leberzipf

Marlene Nutz

DI Josef Stangl, MA

Dr. Eva Vetter (Protokoll)

Begrüßung

Peter Molnar begrüßt im Namen der Stadt Krems zum 8. Klimadialog (KD) der Stadt mit Fridays For Future (FFF). Im Anschluss an den 7. KD geht es wieder um nachhaltiges Bauen und Wohnen in Krems. Eingeladen sind Vertreter:innen der GEDESAG und der Raiffeisen Wohnbau GmbH. Molnar präzisiert, dass der KD, auf den Vorstellungen von FFF basierend, seit 2018 abgehalten wird. Aufgrund des Klimawandels muss alles hinterfragt werden. In den nächsten 5-10 Jahren müsse sich die Stadt auf Klimaresilienz einstellen, Heizen und Mobilität sind wichtige Themen. Der KD soll anregen und gute Entwicklungen initiieren.

Annemarie Litschauer moderiert den Dialog und begrüßt ebenfalls.

Marlene Nutz begrüßt im Namen von Fridays For Future Krems. Dass Wissenschaft, Wohnbau, Stadtverwaltung und Klimaaktivismus an einem Tisch versammelt sind, sei eine einzigartige Chance. Sie erinnert daran, dass *Mobilität*, zwar nicht explizit als Thema des KD genannt wird, aber durchgängig und so auch für das Thema Bauen und Wohnen zentral ist. Weiters weist sie darauf hin, dass es nicht nur um Neubau gehe, sondern um das Handeln der Wohnbauträger in Krems insgesamt.

Reinhard Weitzer zeigt in seiner Begrüßung auf, dass sich das Format des KD bewährt hat und nennt konkrete Handlungsvereinbarungen aus dem letzten KD von Seiten der Behörde:

- *PopUpUrbanSpaces* (Interreg Central Europe Projekt) zum Thema Mobilität im Zentrum, gemeinsam mit der Donau-Universität, kick-off hat stattgefunden, offizieller Projektbeginn am 01.03.2023
- *Dekarbonisierung im Gebäudebestand*: mit der Donau-Universität (Floegl) wird vereinbart, ob Gebiete für Modellquartiere in Frage kommen. Es gibt Vorgespräche mit Hausverwaltungen.
- *Mobilitätsverträge*: Eine Videokonferenz mit Graz hat stattgefunden, unter Beisein der Donau-Universität.
- *Diskussionen zu Tempo 30*: In der Mitterau wird Tempo 30 mit Rechtsvorrang eingerichtet und über den Sommer umgesetzt

Annemarie Litschauer lädt zur Diskussion der sechs thematischen Fragen, die FFF inhaltlich vorbereitet hat.

Punkt 1:

Klimafreundliches Bauen ist einer der großen Hebel im Klimaschutz. Zement spielt eine große Rolle. Aus diesem Grund fragt FFF: Welche Rolle spielt bisher klimafreundliches und energieeffizientes Bauen, Umbauen und Sanieren im jeweiligen Tätigkeitsbereich der GEDESAG und der Raiffeisen Wohnbau GmbH?

Doris Molnar (GEDESAG) sieht im von der GEDESAG verantworteten Bestand den großen Hebel: 2500 Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Wohnungen der Stadt, die alle einen Lebenszyklus von ca 100 Jahre aufweisen, wobei die ältesten Häuser, wie die GEDESAG selbst, aus 1939 stammen.

Es bedürfe gesetzlicher Grundlagen für Bauen und Sanieren, wie etwa das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz. Zudem brauche es wohnrechtliche Begleitregelungen - die rezente Änderung vom Zustimmungserfordernis der Wohnungseigentümer zur bloßen Duldungspflicht bei manchen Eingriffen in gemeinsame Teile bringe nur eine geringe Verbesserung. Erst wenn es diese Grundlagen gibt, könne man darauf aufbauen. Ohne diese Grundlagen kann es kein klimafreundliches Bauen geben.

Floegl weist auf das Projekt *monumentum ad usum* hin: Die Donau-Universität betrachtet viele Objekte der GEDESAG und bedankt sich für die Unterstützung der GEDESAG dabei. Drei Objekte wurden in Krems-Stadt untersucht. Der Schlussbericht ist noch nicht veröffentlicht, aber die bisherige Entwicklung zeigt, dass die GEDESAG ein guter Partner für zukünftige Forschung sei.

Zur CO₂-Einsparung mahnt Floegl ein Umdenken ein, um die Einsparung messbar zu machen. Die Wohnbauförderung sei hier unterstützend: Heizsysteme mit erneuerbaren Energieträgern, Allgemeinstrom über die PV-Anlage, der über Energiespeicher über Nacht zur Verfügung steht, etc..

Bensch-König (Raiffeisen Wohnbau Österreich) stellt den Bauträger vor: Neubau ist nach wie vor wichtig, vorzugsweise ohne neue Flächen zu versiegen (Brownfield Entwicklungen). Neubau hat bereits strenge Vorschriften, insbesondere in Bezug auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz. Raiffeisen baut für Eigennutzer und muss schon deswegen auf den Trend der Zeit achten. 2016 hat Raiffeisen als erster privater Wohnbauträger eine Vorzertifizierung für ein Projekt gemacht und diese Themen mitgenommen: Dämmung gegen Kälte und Hitze, Außenbeschattungen, aber auch in der Architektur eingeplante Beschattungen, Begrünungen, E-Tankstellen, nicht-fossile Energieversorgung etc.. Kunden verlangen diese Themen, Investoren brauchen Zertifikate, tatsächliche Bewohner interessieren sich noch nicht dafür. Erstmals baut Raiffeisen in Krems: In Gneixendorf wird Bauland, das derzeit Wiese ist, verbaut. 70 % werden nicht bebaut. Es wird eine Durchwegung und ein Spielplatz für alle geschaffen.

Ein anderes wichtiges Projekt der Raiffeisen Wohnbau Österreich GmbH ist eine alte Industriearie in Deutsch-Wagram. In Bahnhofsnähe (öffentlicher Anschluss!) wurden damit über 40 Wohnungen gebaut.

Marlene Nutz erinnert an die Ausgangsfrage: Welche messbaren Einsparungen gibt es bei den Wohnbauträgern, welche Ziele setzen sich die Wohnbauträgerinnen und wie läuft es?

Doris Molnar antwortet, dass der größte Faktor der Mensch sei und dieser nicht beeinflusst werden könne. Die jüngere Generation wird möglicherweise ein anderes Verhalten zeigen (z.B. Waschmaschine voll anfüllen, 1 Grad weniger warm heizen) – all das spiele in die CO₂-Bilanz hinein.

Floegl zeigt die wissenschaftliche Erfahrung mit der Berechnung lebenszyklischer Ökobilanzen von Objekten auf und bringt folgende Zahlen (alles Zirkawerte die bei individuellen Objekten stark schwanken können):

ERRICHTUNG	Sanierung	Neubau klassisch	Neubau Holzriegel
kg CO ₂ , die pro m ² Wohnnutzfläche auf 50 Jahre Betrieb gerechnet erzeugt werden	70 – 200 kg (je nach Gebäudezustand) ~ 400 - 600 kg bei lange leerstehenden Altbauten	600 – 1000 kg	100-300 kg

BETRIEB	Gastherme	Fernwärme GasKW + Abwärme	Fernwärme erneuerbar
kg/t CO ₂ , die pro m ² Wohnnutzfläche auf 50 Jahre Betrieb gerechnet, erzeugt werden	1.500 kg Wärme 350 kg Strom (Ö-Mix)	650 kg Wärme 350 kg Strom (Ö-Mix)	50 – 100 kg 350 kg Strom

Fazit:

- Das neue Fernwärmeheizwerk bedeutet für die Stadt selbst eine riesige CO₂-Ersparnis.
- Neubau ist im Moment nicht ernsthaft verkaufbar, da die erforderlichen Preise nicht realisierbar sind.

Das Projekt Weinzierl (GEDESAG) ist fernwärmeversorgt, das Projekt Gneixendorf (Raiffeisen Wohnbau) ist nicht fernwärmeversorgt und arbeitet mit Wärmepumpen.

Forthuber (GESEDAG) erwähnt ein Projekt in Ardagger, das Flächen wechselseitig nutzt. Weitzer weist auf die Schwierigkeit von Sharings hin und fordert ein, Mehrfachnutzungen zukünftig zu favorisieren.

Floegl ergänzt, dass die Mobilität ebenfalls viel ausmacht, allerdings schwierig zu berechnen sei. Der Anteil der Mobilität liegt in der Größenordnung der Sanierung.

Winkler wirft die Frage nach dem Mobilitäts-Fußabdruck auf: Mobilität hat einen größeren Fußabdruck als der Betrieb einer Wohnung. Die Betriebsphase ist relativ einfach zu erfassen. Mobilitätsverträge statt Stellplatzverpflichtung sind ein Weg in die Zukunft. Aufgrund der ebenso großen Bedeutung des Mobilitäts-Fußabdruckes mache es manchmal Sinn, zuerst die Mobilität in Angriff zu nehmen, je nach Gebäudezustand.

Weitzer wirft ein, dass umso mehr Stellplätze entstehen, wenn weiter draußen gebaut wird. Er unterstreicht, dass es ein guter Zugang ist, zumindest nicht mehr Stellplätze zu bauen als die Stellplatzverordnung vorschreibt.

Bensch-König führt an, dass die Raiffeisen Wohnbau GmbH die CO₂-Bilanz noch nicht vorlegen muss. Gleichzeitig würden jetzt schon Anstrengungen in diese Richtung unternommen: desk-sharing im Büro, e-Mobilität, das Gesamtunternehmen finanziere etwa auch E-Mobilität.

Marlene Nutz fasst zusammen, dass die fehlende gesetzliche Grundlage für Sanierungsprojekte von den Wohnbauträgern als problematisch wahrgenommen wird. Eine Möglichkeit zum Handeln sei aus Sicht von FFF dennoch gegeben. Sie mahnt, dass sich Wohnbauträger auch ohne Gesetz Ziele setzen sollen und diese umsetzen können.

Doris Molnar (GEDESAG) verweist auf die Immobilität von Immobilien im Bestand. Die Stellplätze aus den 60er-Jahren müssen flexibel nutzbar bleiben. Genannt wird ein Projekt der GEDESAG, in dem jedes Reihenhaushaus nur 1 Parkplatz bekommt. Sie sieht das Modell der 15-Minuten-Stadt als vorbildhaft für die Mobilität an.

Bensch-König weist darauf hin, dass die Bauträger zumeist verpflichtet sind, zu viele Stellplätze zu bauen und fordert, an diesem politischen Thema zu arbeiten.

Böck sieht ein Dilemma darin, dass an der Peripherie niedrige Grundstückspreise zum Bauen genutzt würden, was massiv zusätzliche Mobilität produziert. Er bringt das Beispiel von Furth bei Göttweig. In Furth sind 2,5 Stellplätze vorgeschrieben. Er kritisiert den immensen Grundverbrauch durch Bauen.

Annemarie Litschauer leitet aus Zeitgründen zur zweiten Leitfrage über.

Punkt 2

2. Welche Rolle spielen Umbau und Sanierung im Vergleich zu Neubauprojekten? Welche Strategien werden entwickelt, damit vorhandenes Potential zum Umbau, zur Aufstockung und zur Sanierung genutzt wird, bevor neu gebaut wird?

Doris Molnar (GEDESAG) antwortet auf diese Frage mit dem fehlenden gesetzlichen Fundament. Solange es keine gesetzliche Grundlage gebe, könne man nicht aktiv werden (z.B. hinsichtlich der Sanierung alter Versorgungsleitungen). Sie erwähnt das Rechtsregime des Wohnungseigentums, in dem das Zentralisierungsgebot das Ersetzen von Einzelöfen durch eine zentrale Heizung vorschreibe. Es sei Aufgabe des Bundesgesetzgebers, ökologisches Sanieren zu fördern. Ein Problem sei z.B. die Zustimmung der bisherigen Eigentümer für Dachgeschoßausbau zu bekommen. Alle Eigentümer müssen zumindest nachweislich angeschrieben und über ein Vorhaben informiert werden.

Bensch-König hält fest, dass saniert werden sollte, was möglich ist. Dabei sei auch Umwidmung ein Thema. Es sei schwierig, etwas durchzusetzen, wenn mehrere Wohnungen verschiedenen Personen gehören: Die Verfahrensdauer ist lang. Eine einzige Gegenstimme verhindert ein Projekt.

Forthuber (GEDESAG) führt Nachverdichtung und Innenstadtbelebung am Beispiel eines Projekts (nicht in Krems) an.

Martin Leberzipf fragt nach, welche Rechtsunsicherheit momentan bestehe, wenn ein Haus mit dem Standard, den ein Neubau haben muss, saniert würde. Doris Molnar weist darauf hin, dass eine 100 %-Zustimmung im Wohnungseigentum kaum zu bekommen sei.

Peter Molnar verweist auf die 85 Maßnahmen, die im Örtlichen Entwicklungskonzept für Krems (inkl. Egelsee und Gneixendorf) im Gemeinderat beschlossen wurden. Diese Ziele und Maßnahmen seien sehr klimafreundlich. Es wurden sieben Entwicklungszonen (Bauzonen) festgelegt, für die ein eigener Flächenwidmungsplan entwickelt wird. Ein Beispiel für eine

solche Zone in zentraler Lage ist der Frachtenbahnhof, der für zentrumsnahe Wohnungen genutzt werden soll.

Silvia Schmid ergänzt, dass diese Vorhaben zunächst eine strategische Umweltprüfung durchlaufen, dann kommt es zur öffentlichen Auflage und zum Beschluss. Das werde wohl ein halbes Jahr dauern.

Weitzer erwähnt die Baureservenkarte von Krems: Viele Grundstücke seien untergenutzt. Das derzeitige Regularium wäre ausreichend, um Aufzonierungen vorzunehmen. Weitzer sieht keine Restriktionen im geltenden Planungsrecht, es muss Projekte geben. Anrainerbedenken zeigen die Spannungsfelder auf, mit der rechtlichen und planerischen Komponente hat dies aber nicht viel zu tun.

Heinz bezeichnet $\frac{1}{4}$ - $\frac{1}{3}$ des Stadtgebiets als sensiblen Siedlungsraum, in dem andere Faktoren zum Tragen kommen: Denkmalschutz, Ensemble, etc .. reglementieren auch die Energiebilanz. Er appelliert an die Bundesebene, hier zu unterstützen.

Herz lobt das örtliche Entwicklungskonzept. Es werde Entscheidungen beschleunigen helfen und basiert auf der Beteiligung von Bürger:innen, Stakeholdern und Politik. Verdichtung sei der größte Wunsch der Bürger. Das Problem sei der Verkehr. Das Projekt Bernardigasse komme bei Bürger:innen gut an. Verdichten ist besser als neu umzuwidmen.

Marlene Nutz fragt, ob das örtl. Entwicklungskonzept die Aufstockungsmöglichkeit erleichtern kann?

Silvia Schmid erklärt, dass die gesetzliche Regelung der Geschoßflächenzahl im örtl. Entwicklungskonzept als Leitfaden dient. Die Frage ist, wie man damit umgeht. Entscheidungen können schneller fallen. Verfahren z.B. zur Erhöhung der Geschoßflächenzahl werden schneller sein. Aktuell seien solche Entscheidungen Einzelfallentscheidungen und mit einem enormen Aufwand (Änderungsverfahren des Flächenwidmungsplans) verbunden. In den 7 Siedlungsgebieten des örtlichen Entwicklungskonzepts wird die Geschoßflächenzahl (GFZ) festgelegt sein (GFZ = Bruttogrundfläche BGF / Grundstücksfläche (GF)).

Punkt 3

3. Gibt es Pläne, das Potential zur Aufstockung und des vorhandenen Leerstands zu erfassen und in Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen zu visualisieren?

Schmid antwortet, dass dies zwar Bestandteil des örtlichen Entwicklungskonzepts sei und dass es als Ziel vereinbart wäre. Diese Maßnahme, das Potential in Bebauungsplänen zu visualisieren, sei aber bislang unverbindlich. Es gebe noch keinen Zeithorizont dafür.

Punkt 4

4. Die GEDESAG übernimmt die Aufgabe der Hausverwaltung.

Wie und in welchem Zeitrahmen kann die GEDESAG als Hausverwalterin zur raschen Umsetzung effektiver Maßnahmen zur Senkung des Treibhausgasausstoßes beitragen? Wie offensiv ist die Beratung durch die GEDESAG?

Doris Molnar zeigt auf, dass die Hausverwaltung ein ständiges Optimieren des Gebäudes darstellt und bringt das Beispiel der Lampen: LED sei heute state of the art. Im Sinne der Mietkostenreduktion müssen alle Maßnahmen wirtschaftlich sein. Weitere Beispiele sind Durchflussbegrenzer beim Wasserdurchfluss, Mülltrennung, etc. Mithilfe der Bewohner sei nötig. Die Beratung muss niedrigschwellig sein.

Franz Böck möchte wissen, ob aktiv nachgefragt wird zum Verbrauch. Doris Molnar antwortet, dass der Datenschutz das unmöglich macht. Man wisse nicht, wie viel in einer bestimmten Wohnung verbraucht wird. Die Intensität der Nutzung unterscheidet sich zudem deutlich. Der Allgemeinbereich wird hingegen genau berechnet. Der gesetzliche Aufteilungsschlüssel sieht für allgemeine Verbrauchsgüter vor, dass nach der Größe der Wohnung aufgeteilt wird.

Floegl bringt das Beispiel der innerhalb einer Wohnung angebrachten kontrollierten Wohnraumlüftung. Die meisten Mieter:innen wüssten nicht, wann die Filter gewechselt werden müssen. Jede dritte Wohnung verursache massive Sanierungskosten, weil der Filterwechsel nicht vorgenommen wird. Wichtig wäre es, aktiv Filterwechsel anzubieten. Das kommt langfristig günstiger. Es ist wichtig, das Gemeinschaftsdenken und Verantwortungsgefühl zu stärken.

Doris Molnar meint, dass ein solches Angebot auf Hürden stößt und schwierig effizient gestaltet werden kann. Sie nennt folgende Probleme: Mieter sind nicht immer zu Hause, es muss gesondert verrechnet werden, da weder über Betriebskosten noch über Erhaltung verrechnet werden kann.

Auf die Frage nach nachwachsenden Rohstoffen bei der Sanierung entgegnet sie, dass nicht alle Materialien (z.B. Öko-Wärmedämmung) auf einen Betonkern passen würden und vieles beachtet werden müsse.

Floegl hält fest, dass man auch ohne Außendämmung auskommen könne. Dies hängt mit der Frage der Bauordnung zusammen. Die Dämmung der obersten Geschoßdecke und Fenstersanierung sind einige der wirksamsten Maßnahmen.

Heinz unterstreicht, dass die Optimierung der Rentabilität von Mietwohnungen sehr schwierig ist. Für viele Kleinvermieter rentiere sich das Vermieten deshalb nicht mehr. Gerade Kleinvermieter spielen aber eine wichtige Rolle für die Nachverdichtung. Er sieht ein massives Problem darin, dass es keine Fortschritte geben wird, solange der Neubau noch leistbar ist.

Punkt 5

5. Die GEDESAG verpflichtet sich freiwillig zu gemeinnützigem Wohnbau. Gleichzeitig ist die Stadtgemeinde Krems 99%-Anteilseignerin der GEDESAG und hat damit, soweit für die zweite Anteilseignerin keine Sperrminorität besteht, Satzungsänderungsstärke in der Hauptversammlung.

Wäre es für die GEDESAG eine Erleichterung, wenn die Verpflichtung zu nachhaltigem Wohnbau (nach einer gewissen Zertifizierung) satzungsmäßig festgeschrieben wäre?

Forthuber entgegnet, dass diese Frage Thema des Landes und ein Kostenthema sei. Was kostet die Maßnahme? Eine Verpflichtung allein bedeute noch keinen guten Output. Die GEDESAG ist bereits gut reguliert, die Parameter sind Wirtschaftlichkeit und Kosteneffizienz. Die GEDESAG baut Erstwohnungen für Normalverdiener. Das Bauen mit Wohnbauförderungsmittel zielt auf Effizienz ab. Zusätzlich zu den messbaren Parametern gibt es auch noch verpflichtende Maßnahmen wie den Gestaltungsbeirat.

Auf die Frage, ob Regenwasserversickerung Teil des Förderungskatalogs ist folgt die Antwort, dass es Zusatzpunkte für Fassadenbegrünung, Barrierefreiheit, etc. gibt und die GEDESAG das maximale Punktesystem für Wohnbauförderung meist automatisch erreicht. Ausgehend vom Kostendeckungsprinzip, das für das Handeln der GEDESAG gilt, wäre eine höhere Wohnbauförderung für ökologisches Bauen sinnvoll und aus Sicht der GEDESAG der einzige Hebel, in Kombination mit der Bauordnung.

Heinz erwähnt den immensen Anstieg der Entsorgung. Dies gilt für Dämmstoffe und ist bei der Wahl der Dämmstoffe in Zukunft mitzudenken.

Es stellt sich die Frage, ob das Kostendeckungsprinzip auf alle Fragen, die ein Gebäude klimafreundlicher machen, eine Wirkung hat. Konkret: Steigert das Mitdenken der Mobilitätsfrage die Kosten tatsächlich massiv? Folgende Antworten kommen auf diese Fragen:

- Car-Sharing hängt mit Größe des Projekts zusammen
- Anbieter möchte kostendeckend arbeiten – Mindestabnahme und Auslastung muss garantiert sein.

Der Klimadialog schließt mit den Schlussstatements von Peter Molnar und Marlene Nutz.

Peter Molnar fasst zusammen, dass in diesem KD eine Vision für klimafreundliches Bauen wenig sichtbar war. Es fehlen Maßnahmen, die die Bauträger direkt betreffen, während die Nutzer:innen immer wieder angesprochen werden. Er spricht eine Vision für die GEDESAG an, deren Eigentümer die Stadt Krems (99%) ist: Es könnten 10 Grundsätze für einen klimafitten und nachhaltigen Baustandard vereinbart werden. Zu den Grundsätzen gehöre auch, dass Bauen in Krems bedeutet, für Fahrradwege, Fahrradabstellplätze etc. zu sorgen. Hier müssen die Wohnbauträger in die Pflicht genommen werden.

Die Politik sei oft nur Passagier. Aufgrund der 20-30 Jahre zurückliegenden Widmung als Bauflächen komme es zu extremem Siedlungsbau, oft auch ohne Mobilitätskonzept. Die sieben Entwicklungszonen des örtlichen Entwicklungskonzepts seien eine Riesenchance, da hier entschieden werden könne, wie gebaut werden soll. Das, was in Krems fehlt, ist das Lernen am Modell, wie dies etwa beim Superblock in und für Barcelona der Fall ist.

Ebenfalls wichtig sind Bewusstseinsbildung und Nutzerverhalten. Sichtbares Nutzerverhalten kann als Korrektiv angesehen werden und dies könnte ein Punkt für die GEDESAG in Richtung Selbstverpflichtung sein. Devise: Das Kollektiv als Korrektiv.

Marlene Nutz schließt mit den Worten, dass sie Fridays For Future Krems nicht bloß als Passagier sieht. Sie hält fest, dass es keine Antwort auf die Frage nach den messbaren Einsparungen gegeben hat. Sie kritisiert das Fehlen wirklicher Zahlen zu CO₂-Einsparungen und Zukunftsplänen. Weiters betont sie, dass es kein Trend der Zeit ist, CO₂ einzusparen, sondern eine Frage des Überlebens. Das Fehlen von messbaren Ergebnissen und Plänen hinterlasse für sie ein mulmiges Gefühl.